



Quartalsabonnement in Breslau 5 Mark, Wochenausgabe 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechzehigten Seiten 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernahm alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 162. Mittag-Ausgabe.

Siebzehnter Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkert.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

28. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 7. April.)

11 Uhr. Am Ministerisch befinden sich einige Commissarien.

Vom Abg. Sachse ist ein Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung eingebrochen, wonach die Verlesung von Schriften nur mit Genehmigung des Präsidenten zulässig ist.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ausführung des Reichsverfassungsgesetzes vom 8. April 1874. In der zweiten Lesung war eine Änderung an der vom Herrenhause beschlossenen Fassung vorgenommen worden; nachdem auf den Antrag des Abg. Dr. Birkow die vom Herrenhause beschlossene Fassung wieder hergestellt war, wird das Gesetz mit großer Majorität definitiv angenommen.

Zwei vom Abg. Frenzel überreichte Petitionen des Gemeindes- und Schulvorstandes und mehrerer Gemeindemitglieder zu Gaudisch-Kehmen und mehreren Angehörigen des Kreises Gumbinnen, welche beantragen, den Sonnabend vom Schulunterricht freizulassen, waren von der Unterrichtscommission als zur Berathung ungeeignet bezeichnet worden; Abg. Frenzel schlägt dagegen vor die Petitionen, da neues Material eingegangen sei, der Unterrichtscommission zur Berichterstattung zu überweisen, womit das Haus einverstanden ist.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzes hatte der Abg. Dr. Ebert folgenden Antrag gestellt: „die Staatsregierung aufzufordern, die Reorganisation des Nachtwachtdienstes in der Art herbeizuführen, daß das Nachtwachtdienst mit der Schutzmanschaft vereinigt wird.“

Dieser Antrag war der Budgetcommission überwiesen, die nunmehr vorschlägt, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen: die Staatsregierung aufzufordern, die Reorganisation des Nachtwachtdienstes in Berlin durch Verhandlung mit den städtischen Behörden in der Art herbeizuführen, daß das Nachtwachtdienst mit der Schutzmanschaft vereinigt wird.

Der Referent Dr. Weber (Ersu) empfiehlt den Antrag der Commission, da das Verlangen ein durchaus gerechtfertigtes sei; es erwache daraus der Commune Berlin durchaus kein finanzieller Vortheil, denn sie habe schon manchmal sich bereitwillig gezeigt, größere Zweige der Polizeiverwaltung zu übernehmen. Die Commission habe auf Verhandlung mit der Commune als den geeignetesten Weg hinweisen zu müssen geglaubt.

Geh. Rath v. Kehler erklärt sich Namens der Regierung mit diesem Antrage einverstanden.

Abg. Ebert glaubt noch darauf aufmerksam machen zu müssen, daß Berlin im Jahre 1874 einen Zugang von 127,000 Personen gehabt hat, und daß nach den eigenen Erklärungen der Regierung die Sicherheit in der Peripherie Berlins nicht mehr genügend gewahrt ist.

Der Antrag der Commission wird darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Bei der Staatsberathung war folgender Antrag des Abg. Graf Winzingerode der Budgetcommission überwiesen worden: „die Staatsregierung aufzufordern, bei Aufstellung des Gesetzes pro 1876 für die Inspectoren und die Unterbeamten an den Strafanstalten eine der Anforderungen ihres Dienstes entsprechende Gehaltserhöhung eintreten zu lassen.“

Abg. Ebert hatte dazu beantragt, auch für die Directoren eine Gehaltserhöhung eintreten zu lassen. Die Commission schlägt vor, beide Anträge abzulehnen und über die darauf bezüglichen Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Ref. Abg. Weber: Die Budgetcommission hat sich gegen den Antrag Eberts erklärt, weil die Directoren der Strafanstalten in den letzten Jahren eine Steigerung ihrer Gehälter um 40 Prozent erfahren haben und jetzt besser stehen, als die entsprechenden Beamten im Verwaltungsdienst. Die Steigerung der Gehälter der Inspectoren beträgt dagegen nur 16–18 Prozent, und der Commissar des Ministers des Innern wies darauf hin, daß es jetzt schon sehr schwer sei, geeignete Inspectoren und Unterbeamte für die Strafanstalten zu finden. Die Inspectorenstellen seien die Vorschule für die Directoren und müßten deshalb den Gehältern der Kreissecrétaire entsprechen. Trotzdem empfiehlt die Budgetcommission über den Antrag zur Tagesordnung zu übergehen, weil sie, ohne die Consequenzen für die anderen Beamtenkategorien überleben zu können, die in dem Antrage v. Winzingerode enthaltene Aufforderung in Bezug auf eine einzelne Beamtenkategorie für bedenklich hält. Auch sind schon nach den Erklärungen des Vertreters der Staatsregierung lebhafte Verhandlungen innerhalb derselben über die Regelung der Gehälter dieser Beamten im Gange.

Abg. Dr. Ebert: Die Unzulänglichkeit der Gehälter der Gefängnisbeamten wird durch den Umstand bewiesen, daß nicht nur die Directorenstellen in Moabit, Hennigsdorf, Görlitz, Rheyne und Berlin, sondern auch viele Aufseherstellen unbefestigt sind. Die zu einer genügenden Aufbesserung der Gehälter, abgesehen von den Directoren, nötige Summe von 76,000 Thlr. kann gegenüber den neuen Mittelstellungen des Finanzministers über Ueberschuss verfügt werden, wonach sich für das Jahr 1874 ein Ueberschuss von 6,787,450 Thlr. ergeben hat, nicht ins Gewicht fallen. Die Inspectoren haben ein geringeres Gehalt, als die entsprechenden Secrétaire in der Justiz und Verwaltung, und die Aufseher ein geringeres Gehalt, als die Schutzmänner in den kleinen Städten. Wenn uns Mitleid für die Gefangenen bewegt, so müssen wir dieses Mitleid auch auf die Gefängnisbeamten übertragen, welche in einem großen Maße die Abgeschiedenheit mit den Gefangenen teilen; und doch treten uns die Gefängnisbeamten nicht als strenge Kerkermeister gegenüber, sondern, wie man rühmend anerkennen muß, mit Wohlwollen und Freundlichkeit. Man kann auch nicht den Grundsatz der Justitia distributiva für den höchsten halten: weil es anderen Beamten ähnlich schlecht geht, darf man nicht wünschen, daß das Los dieser Beamten, die vorzugsweise unser Mitgefühl in Anspruch nehmen, nicht gebessert werde. Die mangelsbaste Bezahlung erfreut sich von den oberen Gefängnisstellen bis zu den unteren. Zu den oberen findet kein Zuwang statt, weil sich qualifizierte Männer nicht hinreichend dazu melden.

In anderem Staaten haben die Gefängnisdirectoren die sämmlichen Staatsexamina bestanden; hier in Preußen ist dies, so viel ich weiß, allein in Bezug auf Wirth, den Gefängnisdirecteur in Pößnitz, der Fall. Dieses Ergebnis ist natürlich, denn ausgezeichnet qualifizierte Männer verlangen auch eine angemessene Entschädigung. Die Gefängnisverwaltung wird besser werden, wenn in diesen unteren Verwaltungsmitteln eine bessere Bezahlung die Anstrengungen lohnt. Wenn wir die geringen Resultate der Gefängnisverwaltung in Bezug auf Müßigkigkeit übersehen, so müssen wir die Gefängnisverwaltung zum Theil freisprechen, denn es fehlen ihr die Mittel. Ich empfehle Ihnen deshalb meinen Antrag.

Abg. Göttling erklärt die Gründe der Budget-Commission für unlogisch; nicht die stattfindende Steigerung der Gehälter, sondern nur die Frage nach dem Angebot kann das entscheidende Moment sein. Auch die Vielfältigkeit der für die Gefängnisbeamten, besonders die Directoren, notwendigen Bildung bei Beobachtung der Gefangenen, Zuweisung der Arbeiten u. s. w. muß genügt werden.

Der Antrag Winzingerode wird mit dem Amendement Ebert gegen den Vorschlag der Budget-Commission angenommen.

Alsdann wird ein Antrag der Abg. Lechow und Moschner, betreffend die Erhöhung der Gehälter der Strafanstalts-Gesellschaften für erledigt erklärt, da die Vertreter der Staatsregierung in der Budgetcommission sich mit denselben einverstanden erklärt haben.

Das Haus wendet sich nunmehr der Berathung von Petitionen zu. Die Gemeindevertretung des Seebadeortes Cranz bei Königsberg trägt in ihrer Petition Folgendes vor: Der an der Ostsee belegene Ort Cranz sei seit dem Anfang der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts namentlich von Bewohnern Königsberg's und der Provinz Preußen mehr und mehr als Seebadort besucht worden, während derselbe früher nur aus Fischerwohnungen bestand; es seien nach und nach viele Gast- und Logierhäuser entstanden und belaufen sich die Zahl der Badegäste jetzt durchschnittlich auf 2000 Personen.

In der ersten Zeit der Entwicklung des Ortes zu einem Seebade habe ein dort ansässiger Arzt und ein Regierungsrath aus Königsberg aus freiwilligen Beiträgen der Badegäste und mit Hilfe und Unterstützung der

Einwohner von Cranz durch Naturalleistungen die für ein Seebad notwendigen Einrichtungen geschaffen und unterhalten. Im Jahre 1834 habe ein Verein mehrerer Herren, welcher sich „Verwaltungskomitee der Badeanstalt zu Cranz“ nannte, gebildet, welcher durch eine Abschrift angelegt, im Regierungssammlungsblatt von Königsberg publicierte Verordnung von der königlichen Regierung in Königsberg autorisiert worden sei.

Seitdem habe in der Regel ein Rath der Königsberger Regierung, der sich Badeirector genannt habe, an der Spitze dieses Comitee's gestanden, ihm zur Seite hätten seit einiger Zeit ein Supernumerarius der Regierung und ein Bureaubeamter, der sich Badecommisarius nennen ließ, die Geschäfte der Badeverwaltung geführt. Diese Herren hätten in einem aus Beiträgen der Badegäste erbauten Hause gewohnt und sollten nicht unbedeutende Belohnungen, Diäten und Reisekosten erhalten haben. Seit mehreren Jahren nun habe sich diese Badeverwaltung ein Dienstieg mit einem Adler und der Inschrift Königliche Bade- und Polizeiverwaltung zugelegt. Ebenso habe sie dem Ortschulzen während der Badeaison die Polizeiverwaltung abgenommen und an ihrem Geschäftshause ein Schild mit einem Adler und der Aufschrift „Königliche Bade- und Polizeiverwaltung“ anbringen lassen. Dies Schild sei seit 2 Monaten wieder entfernt worden.

Die Commission beantragt, in Erwägung, daß die Staatsregierung eine Revision der Grundsätze der Verwaltung des Seebades Cranz in Aussicht genommen hat, und der Erfolg derselben von den Petenten abzumachen sein wird, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Frenzel schlägt folgenden Antrag vor: „die Regierung aufzufordern, im nächsten Jahre die speziellen Rechnungen über die Einnahmen und Ausgaben der Badeverwaltung in Cranz für die letzten zehn Jahre vorzulegen.“

Das Haus beschließt die Annahme des Commissionsantrages mit dem Frenzel'schen Zusage.

Es folgt eine Petition des ersten Jerichow'schen Kreises, welcher die Verlegung des Landratsamtes und des Kreistages von Loburg nach Burg verlangt. Mittelst Cabinetordre vom 16. December 1816 wurde die Vereinigung des ehemaligen Biesar'schen Kreises mit dem 1. Jerichow'schen Kreise angeordnet und in Folge dessen bestimmt, daß die Geschäfte der vereinigten Kreise unter dem Namen des landräthlichen Officii in Loburg fortgeführt werden sollten. Demgemäß sind die kreisständischen Versammlungen bis auf den heutigen Tag in Loburg abgehalten, während das landräthliche Bureau bis zum Jahre 1850 in Leitzkau verblieb, dann gleichfalls nach Loburg verlegt wurde und noch heute derselbst befindlich ist. Die Kreisvertretung beschloß am 28. Januar 1867, die Königliche Regierung in Magdeburg um Verlegung des Landratsamtes von Loburg nach Burg zu ersuchen. Diesem Antrage gegenüber verbietet sich die Regierung in Magdeburg ablehnend und es beantragte in Folge dessen der Magistrat der im 1. Jerichow'schen Kreise belegenen Stadt Burg am 18. März 1867 bei dem Herrn Minister des Innern, daß von der Kreisvertretung unter dem 28. Januar 1867 gefassten Beschlüssen stattgegeben werden möge, erhielt aber am 25. Juni desselben Jahres den Weisheit, daß es in Rücksicht auf die in dieser Angelegenheit ergangene obige Entscheidung der Königlichen Regierung in Magdeburg zunächst der weiteren Erwägung und Beschlussfassung der Kreisvertretung überlassen werden müsse, ob sie glaube, an dem Beschuflie vom 28. Januar 1867 festzuhalten zu müssen oder nicht. Am 17. November 1873 beantragten 17 Mitglieder des Kreistages die Verlegung des Sitzes des königlichen Landratsamtes und des Kreistages des 1. Jerichow'schen Kreises von Loburg nach Burg.

Die Commission beantragt diese Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen; das Haus tritt diesem Antrage bei. Schon im vorigen Jahre waren 20 Petitionen an das Haus der Abgeordneten mit dem Wunsche gelangt: Die Zulässigkeit einer Vertheilung der auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. December 1871 den Kreisen zürükgestellten Unterstützungsgelder für die Landwirte und Reservefamilien mit Beziehung des Ministerialrechts vom 3. September 1872 an die betreffenden Städte, Gemeinden und Dominien resp. Contribuenten zu bewirken. Die Commission für das Gemeindewesen hatte schriftlichen Bericht erstattet, welcher aber wegen Schluss der Session nicht mehr zur Verhandlung an das Plenum gelangt ist. Dieses Jahr wiederholen sechs Städte aus Schlesien ihre vorjährige Bitte, nämlich der Magistrat zu Neumarkt, zu Königslütz, zu Mühlberg, zu Ratispzig, zu Brieg und zu Löwenberg, die letzteren fünf mit dem Verlangen, den Erlaß einer Novelle zu der Verordnung vom 7. Januar 1842 zu veranlassen, weil diese Verordnung ihrem Wunsch entgegnete.

Die Commission beantragt diese Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen; das Haus tritt diesem Antrage bei. Schon im vorigen Jahre waren 20 Petitionen an das Haus der Abgeordneten mit dem Wunsche gelangt: Die Zulässigkeit einer Vertheilung der auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. December 1871 den Kreisen zürükgestellten Unterstützungsgelder für die Landwirte und Reservefamilien mit Beziehung des Ministerialrechts vom 3. September 1872 an die betreffenden Städte, Gemeinden und Dominien resp. Contribuenten zu bewirken. Die Commission für das Gemeindewesen hatte schriftlichen Bericht erstattet, welcher aber wegen Schluss der Session nicht mehr zur Verhandlung an das Plenum gelangt ist. Dieses Jahr wiederholen sechs Städte aus Schlesien ihre vorjährige Bitte, nämlich der Magistrat zu Neumarkt, zu Königslütz, zu Mühlberg, zu Ratispzig, zu Brieg und zu Löwenberg, die letzteren fünf mit dem Verlangen, den Erlaß einer Novelle zu der Verordnung vom 7. Januar 1842 zu veranlassen, weil diese Verordnung ihrem Wunsch entgegnete.

Die Commission beantragt, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, während Abg. Hammacher den Antrag stellt: „über die Petitionen, soweit sie den Erlaß einer Novelle zu der Verordnung vom 7. Januar 1842 verlangen, zur Tagesordnung überzugehen, soweit sie aber die Zulässigkeit der Vertheilung der auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. December 1871 den Kreisen zürükgestellten Unterstützungsgelder unter die Contribuenten zum Gegenstande haben, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.“

Die Commission beantragt, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, während Abg. Hammacher den Antrag stellt: „über die Petitionen, soweit sie den Erlaß einer Novelle zu der Verordnung vom 7. Januar 1842 verlangen, zur Tagesordnung überzugehen, soweit sie aber die Zulässigkeit der Vertheilung der auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. December 1871 den Kreisen zürükgestellten Unterstützungsgelder unter die Contribuenten zum Gegenstande haben, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.“

Aus dem Kreise Schlaue im Regierungsbezirk Cöslin hat ein Herr Litten eine Petition, die um Hilfe für die vielen tausend Kinder dortiger Gegend bittet, wieder eingesandt. Die Commission beantragt: „die Petition der Regierung zur thunlichsten Berücksichtigung bei Aufstellung des Unterrichtsgesetzes vom 4. December 1871 den Kreislaufen möglichst rasch die wirtschaftlichen Bedenken her vorhebt, welche dem Plane des Kaisers entgegenstehen. Offenbar wird in den maßgebenden Kreisen diesen Bedenken jetzt noch ein größeres Gewicht beigelegt als bisher. Auch der Umstand, daß die „Prov. Corr.“ noch schärfer als vor acht Tagen die ärztlichen Bedenken her vorhebt, welche dem Plane des Kaisers entgegenstehen. Offenbar wird in den maßgebenden Kreisen diesen Bedenken jetzt noch ein größeres Gewicht beigelegt als bisher. Auch der Umstand, daß die „Prov. Corr.“ unmittelbar hinterher meldet, daß der Kronprinz sich in den nächsten Tagen nach Italien begeben werde, und in jüngster Zeit wiederholt eingehende Besprechungen mit dem Reichskanzler gehabt habe, ist von nicht zu übersehender Bedeutung, die Zusammenstellung beider Nachrichten scheint auf einen inneren Zusammenhang derselben hinzudeuten. Was übrigens das Gericht betrifft, das Kronprinzliche Paar werde zum Zweck der Erholung seiner Kinder längere Zeit in Italien Aufenthalt nehmen und dort mit dem Kaiser zusammentreffen, so ist dasselbe ohne Begründung. Der Aufenthalt des Kronprinzen in Italien wird voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein. — Beim Fürsten Bismarck ist heut wiederum ein Ministerrath abgehalten worden. Über die Absichten des Reichskanzlers in Betreff eines Urlaubes ist, anderweitigen Nachrichten zum Trost, noch immer nichts Zuverlässiges zu sagen. Nur soviel steht fest, daß der Fürst die Absicht zu erkennen gegeben hat, gegen Mitte des Monats zu einer mehrwöchentlichen Erholung auf das Land zu gehen. — Auf Grund der durch einen Specialfall angeregten Bedenken hat der Minister des Innern in einer Verfügung an die Provinzialbehörden festgestellt, daß der Bestimmung des Gesetzes vom 9. März 1874 beigefügten und ebenso wie das letztere selbst mit Gesetzeskraft bekleideten Gebührentarif: „Gebührenfrei sind die zum Zwecke der Taufe oder der Beerdigung ertheilten Bescheinigungen keine andere Bedeutung beizulegen sei, als daß die gedachten Bescheinigungen gebührenfrei ertheilt werden sollen. Demnach sind alle Standesbeamte angewiesen worden, die zu dem obenerwähnten Zweck begehrten Bescheinigungen unweigerlich gebührenfrei zu ertheilen.“

Aus dem Kreise Schlaue im Regierungsbezirk Cöslin hat ein Herr Litten eine Petition, die um Hilfe für die vielen tausend Kinder dortiger Gegend bittet, wieder eingesandt. Die Commission beantragt: „die Petition der Regierung zur thunlichsten Berücksichtigung bei Aufstellung des Unterrichtsgesetzes vom 4. December 1871 den Kreislaufen möglichst rasch die wirtschaftlichen Bedenken her vorhebt, welche dem Plane des Kaisers entgegenstehen. Offenbar wird in den maßgebenden Kreisen diesen Bedenken jetzt noch ein größeres Gewicht beigelegt als bisher. Auch der Umstand, daß die „Prov. Corr.“ noch schärfer als vor acht Tagen die ärztlichen Bedenken her vorhebt, welche dem Plane des Kaisers entgegenstehen. Offenbar wird in den maßgebenden Kreisen diesen Bedenken jetzt noch ein größeres Gewicht beigelegt als bisher. Auch der Umstand, daß die „Prov. Corr.“ unmittelbar hinterher meldet, daß der Kronprinz sich in den nächsten Tagen nach Italien begeben werde, und in jüngster Zeit wiederholt eingehende Besprechungen mit dem Reichskanzler gehabt habe, ist von nicht zu übersehender Bedeutung, die Zusammenstellung beider Nachrichten scheint auf einen inneren Zusammenhang derselben hinzudeuten. Was übrigens das Gericht betrifft, das Kronprinzliche Paar werde zum Zweck der Erholung seiner Kinder längere Zeit in Italien Aufenthalt nehmen und dort mit dem Kaiser zusammentreffen, so ist dasselbe ohne Begründung. Der Aufenthalt des Kronprinzen in Italien wird voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein. — Beim Fürsten Bismarck ist heut wiederum ein Ministerrath abgehalten worden. Über die Absichten des Reichskanzlers in Betreff eines Urlaubes ist, anderweitigen Nachrichten zum Trost, noch immer nichts Zuverlässiges zu sagen. Nur soviel steht fest, daß der Fürst die Absicht zu erkennen gegeben hat, gegen Mitte des Monats zu einer mehrwöchentlichen Erholung auf das Land zu gehen. — Auf Grund der durch einen Specialfall angeregten Bedenken hat der Minister des Innern in einer Verfügung an die Provinzialbehörden festgestellt, daß der Bestimmung des Gesetzes vom 9. März 1874 beigefügten und ebenso wie das letztere selbst mit Gesetzeskraft bekleideten Gebührentarif: „Gebührenfrei sind die zum Zwecke der Taufe oder der Beerdigung ertheilten Bescheinigungen keine andere Bedeutung beizulegen sei, als daß die gedachten Bescheinigungen gebührenfrei ertheilt werden sollen. Demnach sind alle Standesbeamte angewiesen worden, die zu dem obenerwähnten Zweck begehrten Bescheinigungen unweigerlich gebührenfrei zu ertheilen.“

Aus dem Kreise Schlaue im Regierungsbezirk Cöslin hat ein Herr Litten eine Petition, die um Hilfe für die vielen tausend Kinder dortiger Gegend bittet, wieder eingesandt. Die Commission beantragt: „die Petition der Regierung zur thunlichsten Berücksichtigung bei Aufstellung des Unterrichtsgesetzes vom 4. December 1871 den Kreislaufen möglichst rasch die wirtschaftlichen Bedenken her vorhebt, welche dem Plane des Kaisers entgegenstehen. Offenbar wird in den maßgebenden Kreisen diesen Bedenken jetzt noch ein größeres Gewicht beigelegt als bisher. Auch der Umstand, daß die „Prov. Corr.“ noch schärfer als vor acht Tagen die ärztlichen Bedenken her vorhebt, welche dem Plane des Kaisers entgegenstehen. Offenbar wird in den maßgebenden Kreisen diesen Bedenken jetzt noch ein größeres Gewicht beigelegt als bisher. Auch der Umstand, daß die „Prov. Corr.“ unmittelbar hinterher meldet, daß der Kronprinz sich in den nächsten Tagen nach Italien begeben werde, und in jüngster Zeit wiederholt eingehende Besprechungen mit dem Reichskanzler gehabt habe, ist von nicht zu übersehender Bedeutung, die Zusammenstellung beider Nachrichten scheint auf einen inneren Zusammenhang derselben hinzudeuten. Was übrigens das Gericht betrifft, das Kronprinzliche Paar werde zum Zweck der Erholung seiner Kinder längere Zeit in Italien Aufenthalt nehmen und dort mit dem Kaiser zusammentreffen, so ist dasselbe ohne Begründung. Der Aufenthalt des Kronprinzen in Italien wird voraussichtlich nur von kurzer Dauer sein. — Beim Fürsten Bismarck ist heut wiederum ein Ministerrath abgehalten worden. Über die Absichten des Reichskanzlers in Betreff eines Urlaubes ist, anderweitigen Nachrichten zum Trost, noch immer nichts Zuverlässiges zu sagen. Nur soviel steht fest, daß der Fürst die Absicht zu erkennen gegeben hat, gegen Mitte des Monats zu einer mehrwöchentlichen Erholung auf das Land zu gehen. — Auf

Eine derselben wird die Verwaltung des Bisphumsvermögens zum Gegenstande haben. — Die Commissions-Berathungen im Abgeordnetenhaus über die Vorlage wegen Verwaltung des kath. Kirchengemeindevermögens werden erst morgen Abend beginnen. Es steht fest, daß die Commission die Bestimmung über das Mitbeaufsichtigungsrecht der Bischöfe aus dem Entwurf beseitigen wird. — Es ist aufgefallen, daß der Abg. Dr. Petri seinen Antrag zu dem Sperrgesetz, welches vorzugsweise die mit einem Lehramt betrauten Geistlichen in dem Falle treffen sollte, daß sie sich nicht durch schriftliche Erklärung zum Gehorsam gegen die Staatsgesetze verpflichten wollten, zurückgezogen hat. Wie man hört, sah sich der Abg. Petri indessen genötigt, bei dem Umschlag der Stimmung für das Ammendment seinen Antrag während der Debatte zurückzuziehen, ohne damit die Absicht aufzugeben, die für Rheinland, Westphalen und Nassau äußerst wichtige Angelegenheit bei einem nächsten Anlaß zur Sprache zu bringen. — Die Abgeordneten für Schleswig-Holstein versichern, daß die Vorlage über die Abfindung ihrer Provinz in derselben den besten Eindruck hervorgebracht hat, der durch die Schwierigkeiten, welche die particularistische Partei dagegen erhoben hat, nicht abgeschwächt wird. Der Landesdirector wird in Gemeinschaft mit dem Provinzial-Ausschuß den Vertheilungsplan feststellen und die Interessenten auffordern, ihre Ansprüche geltend zu machen.

[Der Kaiser.] Die „Prov.-Corresp.“ schreibt: Unser Kaiser hat sich auch in der verflossenen Woche noch des Besuchs des Grossherzogs und der Grossherzogin von Baden erfreut. Die Frau Grossherzogin hat ihren hiesigen Aufenthalt auch diesmal benutzt, um in Gemeinschaft mit ihrer Majestät der Kaiserin den hiesigen Vereinen für Krankenpflege, öffentliche Wohlthätigkeit u. s. w. ihre Theilnahme zu bezeigen. Am Montag (5.) Abend wohnten die erlauchten Damen der General-Versammlung des Vaterländischen Frauenvereins bei. — Der Kaiser nahm wiederholt die Vorträge des Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck entgegen. — In Betreff der beabsichtigten Reise des Kaisers nach Italien sind, wie schon neulich angekündigt wurde, die bestimmten Ankündigungen der öffentlichen Blätter jedenfalls voreilig. So entschieden Se. Majestät den Wunsch hegte, die Reise ausführen zu können, so haben doch seither ähnliche Erwähnungen und Bedenken einer bestimmten Entschließung in jenem Sinne entgegengestanden.

[Unser Kronprinz und die Frau Kronprinzessin] werden sich voraussichtlich in den nächsten Tagen nach Italien begeben. Der Kronprinz hatte in voriger Woche wiederholt längere Besprechungen mit dem Reichskanzler Fürsten von Bismarck.

[Über die Zusammenkunft in Venetia] schreibt die „Prov.-Corresp.“: Der Kaiser von Oesterreich hat in diesen Tagen den Könige von Italien den schon seit einiger Zeit angekündigten Besuch in Venetia gemacht und ist von dem Könige und dem Kronprinzen Paare ebenso wie von der Bevölkerung herzlich begrüßt worden.

Die österreichische Regierung hatte die Bedeutung der fürstlichen Zusammenkunft in ihrem halbmäthlichen Blatt im Voraus wie folgt bezeichnet:

„Die Pracht und der Glanz der Feste, der Jubel und die Freude während der Festtage in Venetia, werden noch durch die Erwähnung gehoben werden, daß die Begegnung der Monarchen von Oesterreich und Italien ihren politischen Charakter in der Kräftigung des Dreikaiser-Bündnisses finden wird, dem Italien nicht fern steht und an das es nur noch näher herangezogen wird.“

Ein anderes der Regierung nahe stehendes Blatt fügt hinzu: „Das Bündnis der drei Kaiserreiche hat als eine Thatsache ersten Ranges in das politische System Europas eingegriffen. Die alten Gegner schaffen erscheinen für immer abgehängt, neue werthvolle Freundschaften sind erworben, und die Friedensinteressen finden in der Haltung Oesterreichs ihre wichtigste Bürgschaft.“

In diesem Sinne begleitet auch das deutsche Volk die Reise des Kaisers von Oesterreich mit aufrichtiger Theilnahme.

[Herrenhaus.] Am 2. d. M. starb zu Dresden der fröhliche Landesälteste der Oberlausitz, Albrecht Graf von Löben. Er war geboren den 29. April 1800, hatte also beinahe sein 75 Lebensjahr vollendet. Durch königliches Vertrauen wurde er im Jahre 1855 ins Herrenhaus berufen, dessen Sitzungen in den letzten Jahren beizuhören ihn leider mehrere schwere Krankheitsfälle verhinderten.

D.R.C. [Das neuliche Verfahren des Abgeordneten Frhrn. v. Wendt,] welcher die Tribüne des Abgeordnetenhauses mißbrauchte, um den ganzen Vorlaut der letzten Encyclica des Papstes zu verlesen und dadurch den gerechten Unwillen der sämtlichen nicht ultramontanen Mitglieder des Abgeordnetenhauses hervorzuheben, hat nun definitiv zu einem Antrage geführt, der heut beim Präsidium eingereicht ist und dahin geht, die Geschäftsaufstellung des Hauses dahin abzuändern, daß in Zukunft die Verlesung von Schriftstücken von der Tribüne nur mit der Erlaubniß des Präsidenten erfolgen darf. Der Antrag, von dem Abgeordneten Sachse gestellt, hat bereits eine sehr große Anzahl von Unterschriften aus allen Parteien, mit Ausnahme des Centrums, gefunden.

[Die allgemeine deutsche Lehrer-Versammlung,] welche in Darmstadt stattfinden sollte, wird, wie hessische Blätter berichten, nicht, wenigstens nicht in Darmstadt, stattfinden; die Darmstädter hätten sich nicht bereitwillig gezeigt.

Posen, 6. April. [Bei einem der hiesigen katholischen Dom-Geistlichen] — schreibt man der „Pos. Ztg.“ — erzählen gestern ein Mann, welcher unter Zeichen starker Eregung die Absicht äußerte, den Fürsten Bismarck erscheinen zu wollen, und sich das zur Ausführung dieses Zweckes erforderliche Reisegeld nach Berlin von dem Geistlichen erbat. Letzterer wies das Individuum mit ernsten Worten ab und machte demnächst dem betreffenden Revier-Commissionarius von dem Vorfall Anzeige. Die Criminal-Polizei wurde sogleich in Thätigkeit gesetzt und war bis in die Nacht hinein mit den Nachforschungen nach der von dem Geistlichen dem Neuzern nach beschriebenen Persönlichkeit beschäftigt. Es ist auch ein Mann zur Haft gebracht worden, welcher der gegebenen Beschreibung ungefähr entspricht, doch ist die Identität derselben mit dem vermeindlichen Attentäter noch nicht bestimmt festgestellt.

Wechlau, 6. April. [Entscheidung.] Der Cultusminister Dr. Falk hat aus Anlaß der Begehrung einiger lutherischer Lehrer des derselben Kreises, ihre Kinder dem Superintendenten Schiwe, der nicht Kreisschulinspector ist, zur Kirchenvisitation vorzuführen, dahin entschieden, daß das Erscheinen der Kinder zwar wünschenswert sei, daß aber die Lehrer nicht dazu gezwungen werden dürften und daher die von der Provinzial-Regierung verfügte Ordnungstrafe aufzuheben sei. (R. B.)

Franenburg, 5. April. [Gerichte.] Es ist bemerkenswerth, daß die „Ermländische Zeitung“, das officielle Organ des Bischofs von Ermland, in der letzten Zeit einen anderen Ton angeschlagen hat. So brachte sie beispielsweise zu des Kaisers Geburtstag einen Leitartikel mit der Überschrift: „Gebt uns den Frieden, o Herr!“ Man will aus gut unterrichteten Quellen erfahren haben, daß dieser Bischof zu seiner vertrauten Umgebung Neuerungen gethan hat, aus welchen unzweifelhaft hervorgeht, daß er nach einer Brücke zur Verständigung

mit der Regierung sucht. Wie weit diese Nachricht auf wirklich gemachten Neuheiten des Bischofs beruht, lassen wir dahingestellt. Aus Schleswig-Holstein, 6. April. [Proces] Als im Jahre 1866 die Staatsregierung von den schleswig-holsteinischen Beamten an Eidesstatt das Gelobniß forderte, den Befehlen und Anordnungen Sr. Majestät des Königs von Preußen unweigerlich Folge zu leisten, waren Obergerichtsrath Jensen in Glückstadt und Pastor Schrader in Kiel die beiden Einzigen, welche sich weigerten, dies Gelobniß abzugeben. Sie wurden im Folge dessen entlassen. Da die Regierung jedoch den Rechtsweg in dieser Angelegenheit für zulässig erklärt hatte, so beschritt Obergerichtsrath Jensen denselben und hat jetzt, nach Verlauf von fast 9 Jahren, seinen Proces in letzter Instanz bei dem Appellationsgericht in Kassel gewonnen. Die „Kiel Ztg.“ bemerkt hierzu: „Dieser Ausgang kann nur allseitig Befriedigung erwecken, höchstens könnte die Landespartei beklagen, daß schon wieder ein Beschwerdepunkt der Schleswig-Holsteiner beseitigt ist. Die Staatsregierung selbst wird mit diesem Ausgang sicherlich wohl zufrieden sein. Sie verfolgt in Schleswig-Holstein in neuerer Zeit offenbar eine Politik der Versöhnung, wie dies ja auch durch den Verlauf des Ausgleichs-Angelegenheit evident zu Tage getreten ist. Die Regierung kann sich beglockwünschen, daß sie in diesem Falle die Beschreibung des Rechtsweges gestattete, um auf localem Wege Demjenigen Recht zu schaffen, der Unrecht gelitten.“

Bielefeld, 4. April. [Katholiken-Versammlung.] Die heute Nachmittag in dem Saale der hiesigen Gesellschaft Eintracht stattgehabte Katholiken-Versammlung für die Kreise Bielefeld, Herford und Halle nahm, wie man der „Elber. Ztg.“ von hier berichtet, schließlich einstimmig folgende Resolution an: Die heutige Katholikenversammlung erklärt, treu zu Kaiser und Reich zu stehen, und die Regierung in dem Kampfe gegen die unberechtigten Ansprüche des Papstes und der ultramontanen Partei zu unterstützen.

Aus Westfalen, 5. April. [Die Herren Freiherrn A. v. Wendt und J. Blum,] früher Redacteure des „Westf. Merkur“ resp. der „Westf. Volksz.“ werden steckbrieflich verfolgt.

Aus Thüringen, 5. April. [Wunder.] Der kürzlich in Eisenach wegen Bekämpfung des Kirchen-Regiments zu 150 Mark Geldbuße verurtheilte ehemalige Pfarrer Nieth erzählte in seiner „Stimme der Kirche“ die gegen ihn geplagte Verhandlung und schließt damit, daß er bei der Rückkehr aus dem Kreisgericht seiner Frau die Straf-Summe mitgetheilt, die sie ihm geantwortet: „Hier sind sie“. Eine Post-Anweisung mit 150 Mark war in der selbigen Stunde, da er verurtheilt worden, vom Superintendenten Brodbeck im Braunschweigischen aus dem Unterstützungs-Fonds für Renitente angelommen. Nieth bemerkte dazu würdig: „Den Commentar selbst dazu sich zu machen, muß ich den lieben Lesern überlassen. Der Name unseres Herrn Jesu Christi sei hochgelobt auch von mir. Seinem geringen Dienst in Seiner Ichn anbetenden und Gott dem Herrn allein dienenden evangelisch-lutherischen Kirche nun und in Ewigkeit.“

München, 5. April. [In der heutigen Sitzung der Kammer der Reichsräthe] brachte der Reichsrath v. Neuffer, einer der bedeutendsten Industriellen, einen Initiativantrag über die wirtschaftliche Lage Deutschlands ein und begründete denselben in ausführlicher Rede.

Reichsrath v. Neuffer begann mit den Worten: „Deutschland ist in seinem wirtschaftlichen Leben stark, sehr stark.“ Nach den für offiziell geltenden übereinstimmenden Mitteilungen haben die Handelsbilanzen Deutschlands in den letzten Jahren mit ungemeinlichen Ausfällen abgeschlossen. Solche betrugen nämlich im Jahre 1872 nicht weniger als 325 Millionen Thlr., während diese im Jahre 1873 nach Aussicht der Einsicht an Münzen und Edelmetallen sogar die Summe von 485 Mill. Thlr. beispielen, also in diesen beiden Jahren eine Mehrausgabe von 810 Mill. Thlr. — gleich 1417½ Mill. Gulden und rund 3037 Mill. Francs ausweisen. Das Jahr 1874 soll, nach dem ersten Semester zu schließen, sich ebenfalls nicht viel besser gestalten. Indem Redner zu den Ursachen dieser höchst betübenden Thatsachen übergeht, weist er nach, daß Deutschland ungedacht der Anwendung künstlicher, früher nicht gebräuchter Dingenmittel auf dem landwirtschaftlichen Gebiete in der Production seit Jahren schon zurückgeht. Daselbe gelte von der Thierproduktion. Auf dem Gebiete der Industrie gehe es uns nicht besser; denn während Deutschland, wie sich im Reichstage eine gewichtige Stimme ausgesprochen hat, für alle Länder der Welt als Referat dient, schließt sich die ganze Welt durch Schuhzölle von Deutschland ab und Deutschland verliert ein Absatzgebiet nach dem andern. Selbst Amerika, sonst ein guter Markt für Deutschland, pflegt heute die Industrie sorgfältig und mache sich von uns von Jahr zu Jahr unabhängiger, obwohl es den kleinsten Theil seiner Bodenfläche bewezen, d. h. cultivirt hat, indem es unstrittig von dem Gedanken ausgeht, daß nur, wenn Landwirtschaft und Industrie sich gegenseitig die Hände reichen und alle menschlichen Geschöpfe nach ihrer körperlichen und geistigen Verfassheit beschäftigt werden können, das Gesamtwohl am sichersten gefördert werde. Redner weist sodann durch einige Beispiele nach, wie sehr manche Zweige der Industrie, vor Allem die Textilbranche, gelitten, und fährt fort: „Kurz, wohin man auch sein Auge wendet, mit geringen Ausnahmen überall Rückgang.“ Diese unüberlegbaren Thatsachen fordern daher sicher zum ersten Nachdenken auf. Sie legen klar, daß wir die seit dem französischen Handelsvertrag verfolgte Handelspolitik verlassen und dem System der hierin dominirenden Staaten, nämlich bei allen Zweigen vermittelnd und schädigend einzutreten, für welche die Verhältnisse nicht so günstig, wie in den konkurrierenden Ländern liegen, folgen müssen, wollen wir nicht in kurzer Zeit unser Wohlstand einzubüßen, die Hauptzweige unserer Industrie verlieren, vom Auslande wieder vollständig abhängig werden und der Verarmung entgegen gehen. Dagegen kann und muß das zu großer Macht gelangte deutsche Reich uns schützen und uns für den Verlust dieser verlorener Rechte Ersatz verschaffen.“ England und Frankreich, durch Klima und Boden weit mehr begünstigt, hätten Jahrhunderte lang ihre Industrie durch hohe Schuhzölle gefördert, und obwohl sie nun erstaunt ist, lassen sie heute noch gewisse Zölle bestehen. Infolge dieser langen Handhabung und Uebung habe sich eine Geschmacksrichtung gebildet, welche sozusagen die ganze Welt beherrscht, und für die Erstlinge der Fabrikate Preise bewilligt, bei welchen außergewöhnlich verdient wird, und nebenbei erlaubt, für die übrig bleibenden Quantitäten besonders billige Verkaufspreise gestatten zu können, Vortheile, deren wir uns kaum in einer Branche zu rühmen wissen. Durch die Ausdehnung der Eisenbahnen mit ihren billigen Frachten seien wir gewissermaßen noch überdaran, als wir vor 10 Jahren, denn diese ermöglichen jetzt Bezüge aus Ländern, die vermagt ihrer Fruchtbarkeit ungeachtet der Frachten unsere Production dennoch überwiegen. Dazu seien durch die Erwerbung von Elsaß-Lothringen mit seiner großen Industrie die Verhältnisse bedeutend andere geworden, und eine neue Prüfung der gegenwärtigen Zustände thue dringend Noth. Der Redner weiß den Werth der Münzeinheit gewiß zu schätzen, er hält es aber für eine untergeordnete Frage: ob man in Thalern und Gulden oder in Reichsmark zahlen könne.

Der Antrag des Reichsraths v. Neuffer geht nun dahin, daß die bayerischen Bevollmächtigten im Bundesrat angewiesen werden, dahin zu wirken, daß eine Änderung der bisherigen deutschen Handelspolitik und eine Revision der bestehenden Zollverträge vorgenommen werde. Der Antrag wurde an den zweiten und dritten Ausschuß zur gemeinschaftlichen Vorberatung und Berichterstattung verwiesen.

Aus Baden, 5. April. [Aus einer längeren Erwiderung des Professors Michelis] auf einen offenen Brief des „Bad. Beobachters“ in der „Freiburger Ztg.“ erfährt man, daß „noch im vorigen Sommer Cardinal de Luca an ihn die Anfrage gestellt, mit welch etwaiger Erklärung des Papstes er befriedigt sein würde, worauf er die offizielle Erklärung verlangt habe, daß ein Katholik an die päpstliche Unschärbarkeit nicht zu glauben brauche.“

Franzburg, 5. April. [Gerichte.] Es ist bemerkenswerth,

wirthe] nahm in seiner heutigen Sitzung die schutzböllerische Resolution an betreffend die Kündigung der bestehenden Handelsverträge und die Einführung eines Ausgleichzolles von 10 bis 20 Prozent des Wertes der Waaren. Über die Banksfrage fand eine Abstimmung nicht statt. Der neue Ausschuß ist im Wege des Compromisses zur Hälfte aus Freihändlern und zur Hälfte aus Schutzböllern gebildet.

Frankreich. Paris, 5. April. [Stimmen der Blätter.] — Senatorenwahlen. — Verschiedenes.] Es liegt heute nichts Neues von einiger Bedeutung vor. Die Blätter discutieren noch die Rede des Unterrichtsministers. John Lemoine verhehlt nicht seine Genugthuung darüber, daß die Regierung zum ersten Male französisch gesprochen habe; alle Welt wisse also endlich, woran man ist, und daß wirklich die Republik die definitive Regierung geworden. Zugleich verhehlt der geistreiche Mitarbeiter der „Débats“ auch nicht seinen Kummer darüber, daß die Monarchie nicht zu Stande gekommen. Dies heißt man nach dem volksthümlichen Ausdruck, es weder mit dem Gärtner noch mit dem Bock verbergen. — Die Parteien beginnen in den Departements die Senatorenwahl vorzubereiten. Die Bonapartisten lezen auch hierbei große Rührung an den Tag. Es bestätigt sich, daß auch die Legitimisten an dieser Wahl Theil nehmen. Das Organ von Frohsdorf, die „Union“, hat eine vom „Univers“ gegebene Mittheilung dahin berichtet, daß der Graf von Chambord nicht sowohl die Legitimisten in der Kammer, als vielmehr seine Anhänger im Lande im Auge hatte, als er die Partei des Königthums zur Abstimmung bei der Senatorenwahl ermächtigte. Er hat seinen Gedanken nicht durch einen Brief an einen Deputirten, sondern „durch allgemeine Instructionen“ fundgegeben. Auf der anderen Seite läßt die Note der „Union“ es dahingestellt, ob nicht die Royalisten in der Nationalversammlung sich enthalten werden, wenn die Kammer ihr Recht zur Ernennung eines Theils der Senatoren ausübt. Wie dem sein mag, so sagen sich also die Legitimisten in die Einrichtung des Senats, welche sie bisher zurückwiesen, gegenwärtig als in einer vollendete Thatsache und gestehen somit die gesetzliche Fortdauer der republikanischen Regierung auch nach Auflösung der Kammer zu.

Unter den Präfecten, die sich in der letzten Zeit hier eingefunden haben, um ihre Instructionen vom neuen Ministerium zu empfangen, befindet sich auch Ducros, der Präfect von Lyon. Er hat heute eine Audienz bei Buffet und Mac Mahon gehabt. Officieux wird demonstriert, daß Buffet gelegentlich der Generalrats-Session ein Rundschreiben an die Präfecten gerichtet habe. Dagegen geht nun das Gericht von einem Rundschreiben des Kriegs-Ministers des Eisens nicht nur an die Corps-Commandanten, sondern auch an sämtliche Divisions- und Brigadegenerale, welchen dadurch die Tragweite des Verfassungsvolums klar gemacht werden solle. Die Sache bedarf der Bestätigung. — Die Stellung A. Leo's, des Directors des Pressedepartements, scheint doch erschüttert zu sein. Man spricht mit großer Bestimmtheit von seinem Rücktritt. — Der Director der schönen Künste, de Chemnieres, hat auf Zureden Wallon's sein Entlassungsgesuch zurückgenommen. — Der Prinz von Wales hat gestern, vor seiner Abreise nach London, dem Präsidenten der Republik einen Besuch abgestattet. Am nächsten Sonnabend wird Mac Mahon einem Diner in der deutschen Botschaft beiwohnen.

Paris, 6. April. [Die Reise des Kaisers von Oesterreich nach Venetia. — Gerüchte. — Prinz Napoleon und Rouher. — Verschiedenes.] Die „République française“ widmet heute ihren ersten Leitartikel der Zusammenkunft von Venetia, „Franz Joseph von Lothringen-Habsburg“, sagt sie unter Anderem, „Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn, besuchte gestern Victor Emanuel von Savoyen-Carignan, König von Italien, in der edlen und alten Stadt Venetia, welche das Oesterreich des alten Regimes lange als seine nothwendigste und schönste Eroberung angesehen hat und welche heute eine der wichtigsten, treuesten und stolzesten Städte des italienischen Vaterlandes ist. Die beiden Fürsten haben einander bei ihrem Zusammentreffen um die Wette die ausfrüchtigste Freundschaft und das herzlichste Vertrauen kundgegeben. Venetia bereitete Beiden einen Empfang, der des hohen politischen Gedankens, welcher ihre Annäherung veranlaßte, würdig ist. Es scheint, daß man damit alles gefagt hat. Die Thatsachen sprechen hier laut und keine erläuternde Betrachtung könnte mit ihrer bereiteten Einfachheit den Vergleich aushalten. ... Franz Joseph hat, indem er nach Venetia ging, abermals den loyalen Eingebungen gehorcht, welche seine schon lange Herrschaft, eine der dramatischsten der Geschichte, kennzeichnen. Indem er auf die absolute Monarchie verzichtete, durch einen Federstrich die väterliche Monarchie umgestaltet, hat der Souverän der Böller von Oesterreich bewiesen, welcher Opfer sein Patriotismus fähig ist. ... Indem er heute Venetia für seine Zusammenkunft mit dem Oberhaupt der italienischen Nation wählt, bringt er ein neues Opfer, nicht für seinen Patriotismus, denn Venetia war eine Eroberung, welche durch die Gewalt zurückgehalten worden, aber für die ehemalige österreichische Politik, welche ein furchtsamer Fürst vielleicht nicht aufzugeben gewagt hätte. Dies Opfer wird, wie das erste, Früchte tragen. Man gewinnt bei diesen zeitgemäßen Zugesständnissen an die öffentliche Meinung von Europa, an die wahren Herzensbestrebungen der Böller mehr als man dabei verliert. Der Kaiser Franz Joseph erkennt sicher in den Venezianern, welche ihm jubeln, nicht seine ehemaligen Unterthanen, die stets im Aufstand begriffen waren; er sieht in ihnen Verbündete und Freunde, welche er in der Entwicklung ihrer Kraft und der ganzen Freude ihrer Freiheit begrüßt. ...“ Die „République française“ hütet sich, allzu deutlich durchblicken zu lassen, was die Franzosen von der Zusammenkunft in Venetia wünschen und hoffen: eine gegen Deutschland gerichtete Verbindung Oesterreich-Ungarns mit Italien; indeß läßt sich dieser Gedanke doch aus folgenden Bemerkungen herauslesen: „Das neue Deutschland steht heute an der Stelle der alten Macht, mit deren Verabscheuung und Zurückdrängung die italienischen Patrioten ihr Leben zugebracht haben. Oesterreich kann Italien die Handreichen; aber Italien bleibt den Begierden des Nordens, dessen Werkzeug Oesterreich nicht mehr ist, ausgesetzt. Das ist das verhängnisvolle Gesetz der Geschichte und der Geschmack für die historische Politik ist nirgends so lebendig als in Deutschland und besonders in dem Deutschland, welches durch sein rasches Wachsthum und sein wahrhaft schwindelerregendes Glück verzaubert ist. Diese Betrachtungen haben nichts mit den zuglosen Gemeinplänen der offiziellen Politik gemein. Ohne Zweifel ist die Zusammenkunft Franz Josephs und Victor Emanuels nicht geschaffen, um die weisen Berechnungen der Diplomatie zu durchkreuzen und man kann in Berlin wie in Wien schreiben, daß der europäische Friede beständig auf dem intimen Bündnis der drei nordischen Höfe beruht, ohne sich damit irgendwie zu compromittieren; aber man muß die Gewalt der Thatsachen berücksichtigen, welche so oft den Willen der Fürsten beherrscht; man muß die normale und regelmäßige Entwicklung der Böller verfolgen, welche fast immer die künstlichen Anordnungen einer im Voraus gemachten Politik zerstört. So weit das Blatt Gambetta. Die anderen Morgenblätter sind sparsam mit ihren Bemerkungen über das europäische Tagesereignis.“

Von den Verhandlungen der französischen Generalräthe verläutet fürs Erste nicht Interessantes. Der Justizminister Dufaure und der Unterstaats-Secretär Bardou sind abgereist, um in ihren Departements an diesen Verhandlungen Theil zu nehmen. Der Herzog von Decazes wird zu gleichem Zwecke binnen einigen Tagen nach Bordeaux abreisen. Man versichert seit vorgestern, daß der bekannte Michon, Präfekt des Puyde-Dôme, seine Entlassung gegeben habe. Es heißt sogar, daß ein Herr Benessy zu seinem Nachfolger bestimmt sei. Dieser Benessy ist ein Vetter Rouher's und ein Schützling des ehemaligen kaiserlichen Ministers Mœge. Das Gericht von seiner Ernennung wird wohl von den Bonapartisten ausgesprochen worden sein. — Dem „Echo universel“ zufolge beabsichtigt der Prinz Napoleon hier in Paris selber einen Feldzug gegen Rouher zu eröffnen. Zu dem Ende hat er sich für die Dauer auf dem Boulevard Malesherbes niedergelassen, wo sein Salon all' Denjenigen, die in seines Glückes Schiff mit ihm steigen wollen, zum Sammelpunkt dient. Das Unternehmen ist durch ein Diner eingeleitet worden, welchem außer anderen politischen Persönlichkeiten der italienische Unterrichtsminister beiwohnte. Beim Nachstehend erzählte Jérôme Napoleon die Geschichte seiner Fehde mit dem ehemaligen Vice-Kaiser. Vor einigen Monaten noch hatten die beiden in Gegenwart mehrerer bonapartistischer Händlinge einen heftigen Wortwechsel in einem befremdeten Salon und Jérôme ließ schließlich die ungeduldige Auseinandersetzung fallen: „Mein Herr, ich bin ein Napoleon und habe mir keine Vorschriften bei dem Advocaten meiner Familie zu holen.“ — Es ist noch nichts über die Besetzung des Postamtes in London bekannt. De Broglie soll definitiv abgelehnt haben und man spricht wieder von Chaudron, dessen Urlaub in Madrid nahezu abgelaufen ist. Der französische Vertreter in St. Petersburg, General Le Flo, besteht, wie es heißt, aus Gesundheitsbrüchigkeiten darauf, seine Entlassung zu geben. — Auf Verlangen des Justizministers ist eine Verfolgung gegen ein in Nizza erscheinendes Blatt separatistischer Tendenz eingeleitet worden. — Am nächsten Sonnabend wird der Capitän Boyton sich von Dover aus mit einem von ihm erfundenen Rettungsapparat über den Canal wagen. Der Apparat besteht aus einem Kautschuk-Gefüll, das durch Luftkammern schwimmend erhalten wird. Gegen Mitternacht will Boyton sich dem Meere anvertrauen und er hofft, am Nachmittag in Boulogne einzutreffen.

## N u s t a n d .

— St. Petersburg, 5. April. [Der Petersburger Adels-Convent. — Die Uniarden. — Herr von Wenjukow über Indien. — Gesellschaft für Volksbildung und Schriftkunde.] Der Petersburger Adel hat den Ruf der Freisinnigkeit, in welchem unsere Aristokratie überhaupt zu stehen pflegt, aufs Neue bewährt und gerechtfertigt. Die Umgestaltung der Verfassung der Landgemeinde unter Hinziehung des gutsherrlichen Elements ist von der Petersburger Adels-Corporation in einer so entschiedenen Weise abgelehnt worden, daß nur 22 Stimmen sich für Berathung des betreffenden Entwurfs erklärt haben. Die Landgemeinde besteht nur aus bürgerlichen Elementen, und ist ein zu einer Art von administrativem Ganzen vereinigter Complex von bürgerlichen Dorfgemeinschaften. Die Art und Weise, wie die Geschäfte in der Dorfgemeinde und in der größeren Landgemeinde (Volost) geführt werden, hängt mit alten nationalen Gebräuchen zusammen, sowie auch die Jurisdicition der Gemeinde-Aeltesten einen discretionären Charakter an sich hat. Eine Adels-Commission hatte dem Petersburger Adel einen Entwurf eingereicht, nach welchem die „Volost“ neben den Dorfgemeinden auch größere und kleinere Privatgüter umfassen sollte: eben dieser Entwurf wurde mit einer überwältigenden Majorität abgelehnt. Mit großer Energie hatte insbesondere der „Golos“ für die Unantastbarkeit der bürgerlichen Einrichtungen gekämpft. — In den griechisch-unierten Gemeinden Polens geht die Bewegung unaufhaltsam fort: das Gouvernement Lublin wird kaum noch Unierte zählen, ebenso ist es auch in dem Gouvernement Suwalki innerhalb des unitären Culmus zu einem energischen Proteste gegen das päpstliche Privilegium gekommen. Im Gouvernement Siedlitz haben bis jetzt höchstens 20 oder 22 Gemeinden sich noch nicht als solidarisch mit ihren übrigen, zur griechisch-orthodoxen Kirche zurückkehrenden Glaubensgenossen erklärt. Ebenso war noch nichts Besonderes von der (kleinen) Uniaten-Gemeinde in der Stadt Warschau zu hören. Da die Ereignisse in dieser Angelegenheit aber mit einer nicht zu berechnenden rapiden Schnelligkeit sich entwickeln, so läßt sich über die Zahl der noch nicht zur orthodoxen Kirche übergetretenen nur cum grano salis berichten. Das Neueste in der Sache ist das Eintreffen einer Deputation von den bisherigen Uniaten-Gemeinden mit Geistlichen an der Spize, in Petersburg: ihr Wunsch ist, das Geschehene durch einen Act besonderer Kundgebung zu bekräftigen. — Es darf als bekannt angenommen werden, wie sehr sorgsam in Russland die Geographie und das geographische Studium in allen Richtungen betrieben wird. In der Sitzung der „Geographischen Gesellschaft“ vom 2ten April hielt Herr von Wenjukow, der hervorragende Kenner Asiens, eine Vorlesung über die Finanzverhältnisse Indiens, welche auch für das übrige Europa nicht ohne Interesse sein dürfte. Die Grundsteuer im englischen Indien betrug im Jahre 1872 42 Prozent sämlicher Einnahmen — unter geringer Beteiligung der in Indien angegesessenen Engländer. Von den Einnahmen, die Indien der englischen Krone giebt, werden 10% Millionen Pfund Sterling in England und 40 Millionen in Indien selbst verausgabt, doch von letzterer Summe 16½ Millionen für das Militär. Die Erhaltung der Posten und Telegraphen ist mit Unterbilanzen verbunden; die Administration kostet 1½ Millionen, die Justiz 2½ Millionen, die Garantie für Eisenbahnunternehmungen beansprucht 2½ Millionen. Die Gehälter für die höheren englischen Verwaltungsbeamten in Indien sind sehr hoch: der Generalgouverneur erhält ungefähr 250,000 Rubel jährlich, jeder Gouverneur 75,000 Rubel — außer der Amtswohnung; ein englischer Fähnrich in Indien bekommt 2000 Rubel. Die Staatschulden Indiens betragen 116 Millionen Pfund, die Einnahmen überwiegen die Ausgaben fast immer um Bedeutendes (wenn auch nicht gerade im letzten Finanzjahr). Hierauf ging Herr v. Wenjukow auf die Bevölkerungsverhältnisse Indiens über. Ganz Indien hat 240 Millionen Einwohner, davon sind 45 Millionen Tamulen, und zwar wohnen diese um Madras, am Fuße des Himalaya, in Dekan und auf Ceylon. Die größere Bewohnerzahl ist arischen Stammes und diese zerfällt in fünf Hauptgruppen, jede mit besonderem Idiom, welches in diverse Dialekte auseinandergeht. Perser und Araber finden sich im Westen, Juden und Araber in einigen Seestädten, Indo-Chinesen in Birma, Malayan und Chinesen auf Malacca und auf den Inseln. Als Literatursprache gilt das Hindostani: in diesem Idiom erscheinen in Calcutta allein 20 Zeitungen. Die Zahl der National-Engländer in Indien beträgt 110,000. Es liegt auf der Hand, daß ein Reich mit so gewaltigen Hilfsquellen von Außen nicht zu bewältigen ist, zumal wenn man noch die wüsten Strecken in Anschlag bringt, welche die Annäherung einer einigermaßen großen Armee von Norden aus unmöglich machen. Dagegen ist es auch klar, welcher Gewinn für den Weltverkehr resultieren würde, wenn die Reichthümer Indiens auf dem Wege einer großen Bahn nach Russland und dem westlichen Europa in dreifach rascherer Weise und mit mehr Sicherheit

gebracht werden könnten, als es auf dem Seevege möglich ist. Unter den Gesellschaften, welche um Hebung des allgemeinen Bildungsniveau im Russland sich verdient machen, ist insbesondere die Gesellschaft zur Verbreitung der Schriftkunde (Komitet Gramotnosti) zu nennen. Sie zählt 767 Mitglieder, worunter viele hochgestellte und einflußreiche Personen. Sie läßt fälsliche Belehrungen über solche Dinge, die dem Volke zugänglich sein können, heilschreiben und drucken, teils aus anderen Sprachen übersetzen, und stellt Exemplare dieser Schriften für billigen Preis (oder gratis) an Schulen und an Erwachsene zu. Die Gesellschaft gibt unter Anderem periodische Editionen heraus, die jährlich nicht viel über einen Rubel kosten; sie veröffentlicht auch Cataloge solcher Schriften, die sie empfiehlt. Endlich führt sie auch eine sorgfältige Statistik über russisches Schulwesen. Die freie ökonomische Gesellschaft gab ihr 1874 eine Beisteuer von 1000 Rubeln, die Moskauer Kaufmannschaft 4000 Rubel, einzelne Handlungshäuser 300 oder 400 Rubel.

## Provinzial - Zeitung.

— Breslau, 7. April. [Schwurgerichtssitzung.] Die Verhandlung gegen den Arbeiter Albert Schneider aus Breslau lehrte uns einen 34jährigen Mann kennen, der in seinem 30. Jahre, also im schönsten Lebensalter, die abchüssige Bahn des Verbrechers betreten hat und nun im Justizhaus angelangt ist. Seit 1870 viermal wegen Diebstahls bestraft, wird ihm die heutige Anklage wiederholte Unterschlagungen, neuen einfachen und schweren Diebstahl vor. Dabei sind die Gegenstände seiner verbrecherischen Begehrlichkeit meist von lächerlicher Geringfügigkeit. Anfangs August 1874 ließ ihm die verehelichte Todtenträgerin Rosdorffscher zu Cosel bei Breslau eine Getreidesense. Wenige Tage zuvor hatte sie eine Grassense mit Gestell, die sich in ihrem unverschlossenen Hausschlaf befunden, vermisst. Beide Senken bat der Angeklagte am 9. August an den Schmiedemeister Kappelberger aus Böbelwitz für 1 Thlr. 15 Sgr. unter der Bedingung des Rückkaufs binnen 14 Tagen verkauft, den Rückkauf aber nicht bewirkt. Er hatte dieselben als sein Eigentum ausgegeben. Schneider ist dessen geständig, behauptet jedoch, daß auch bezüglich der Grassense nur eine gleiche Untertragung wie bezüglich der Getreidesense vorliege, und daß ihm die Rosdorffscher auch jene geliehen habe, was dieselbe in Abrede stellt. — Am 25. August übergab der Ziegelmeister Julius Damm aus Neulich dem Angeklagten eine etwa 50 Pfund schwere Eisenbahnschiene mit dem Auftrage, dieselbe durch einen Kutscher nach Neulich transportieren zu lassen. Statt dessen versetzte der Angeklagte diese Schiene bei einem Productenhändler für 15 Sgr., ohne sie wieder einzulösen. Auch dieser That ist Schneider geständig. Dagegen bestreitet er die schwerste ihm von der Anklage zur Last gelegte That. Der Kohlenhändler Carl Krilla und dessen Arbeiter Anton Golzner verschlossen am Sonnabend, den 5. September v. J., des Abends die beiden einzigen Thore, welche sich in dem Baue des Kohlenhauses Berlinerplatz Nr. 18 befinden. Es befanden sich die beiden Hunde des Krilla, ein größerer schwarzer und ein kleinerer grauer frei darin umherlaufend. Gegen halb neun sah die vorbereitende Productenhändlerin Scupin den größeren Hund auf der Straße stehen, während der kleinere noch innerhalb des Hauses war. Als sie nach wenigen Minuten wieder vorbeikam, waren beide Hunde verschwunden. Am Abend um 9 Uhr traf die verehrte Arbeiterin Bartsch den Angeklagten in einer Restauration, wo er einen schwarzen Hund an der Leine führte und einen ihm begleitenden braunen Hund ihr zum Kauf anbot. Sie wurde nun auf den Preis von 1½ Thlr. und 2 Sgr. auf Schnaps handelseinig, nahm den grauen Hund mit sich und schlachtete ihn. Das Fell dieses Hundes hat der bestohlene Krilla als das seines grauen Hundes mit großer Bestimmtheit wiedererkannt. Am nächsten Tage traf den Angestellten Kutscher Franz Leyner auf dem Wege nach Scheiting. Diesem bot Jener einen großen schwarzen Hund zum Kauf an, unter der Bedingung, daß es der Seinige sei. Lehner kaufte den Hund für 5 Thlr. und überließ ihn zur Probe dem Kaufmann Zwadlo. Am Morgen des Zwadlo gehend wurde er von einem Arbeiter des Krilla erkannt und nunmehr auch von Krilla wiedererkannt und reclamirt. Krilla hatte, als er am Morgen des 6. September seine Hunde vermisste, bemerkt, daß die äußeren, mit Nageln an die Staketen befestigten Dauerleisten an einer Stelle des Hauses offenbar mit Gewalt losgerissen waren, wodurch sich einige Staketen lose hin und her bewegten und eine Dehnung machten, durch die ein Mann und 2 Hunde bequem hindurch konnten. Der Angeklagte, welcher des Diebstahls an den Hunden vermittelst Einbruchs beschuldigt ist, behauptet, die Hunde von einem unbekannten Manne für 3 Thaler gekauft zu haben. Diesen Momenten gegenüber, die die gesamte Staatsanwaltschaft noch durch die Anführung unterstützte, daß der Angeklagte, welcher längere Zeit auf dem Berliner Platz gearbeitet habe, und deshalb die Hunde kennne, sowie, daß derselbe der früher einen Vollbart getragen, es für nötig gefunden habe, sich denselben abzunehmen, — sprachen die Geschworenen den Angeklagten von diesem schweren Diebstahl frei. Wegen wiederholter Unterschlagung und einfachen Diebstahls nach mehrmaliger Vorbestrafung wurde er sodann zu 1 Jahr 1 Monat Justizhaus, Fahrverlust auf 2 Jahr und Polizeiaufsicht verurtheilt.

[Die Pfarrerstelle in Cosel.] Die „Post“ erklärt: „Die Deutsche Reichszeitung“ bemängelt unsere Mittheilungen über die Pfarrstelle in Cosel in Nr. 74 und 79. Wenn sie bemerkt, daß die Pfarrer Königlichen Patronats sei, und daß demgemäß der Ober-Präsident einen aus den Bewerbern dem Fürstbischof zu präsentieren habe, so ist das ein ganz unverständlicher Punkt, auf den für die Beurtheilung der gegenwärtigen Frage nichts ankommt. Uebrigens haben wir aber in Nr. 79 auch ausdrücklich mitgetheilt, daß Herr Beckert die Präsentation für die Stelle vom Herrn Ober-Präsidenten ertheilt sei. Wenn die „Ost. Reichs.“ behauptet, in keinem der Bewerbungsbüchern habe sich eine Andeutung gefunden, daß der Bewerber sich den Maigesegen unterworfen habe, so schließt das, die Nichtigkeit der Behauptung vorausgesetzt, doch keineswegs aus, daß auf anderen Wegen die Versicherung des Gehorsams gegen die Maigesegen gegeben sei. Eine tatsächliche Nichtigstellung unserer Angabe in Nr. 74, welche die „Germania“ in dem Artikel der „D. R. Z.“ sieht, können wir daher in demselben durchaus nicht finden. — Sollte übrigens Herr Beckert, mag er nun ein ausdrückliches Versprechen geleistet haben oder nicht, den Maigesegen nicht gehorchen, so würde er bald genug die Erfahrung machen, daß das Sperrgesetz auf ihn so gut wie auf jeden reinen Pfarrer seine Anwendung findet.“

V Warmbrunn, 6. April. [Frühlings-Einkehr. — Wintersaison. — Meteor.] Seit vergangenem Sonntage ist am Fuße des Hochgebirges endlich auch der Frühling eingeföhrt. Die Temperatur war über Nacht schon eine andere geworden, obgleich die Binnen und Kuppen unseres noch immer in blendendem Winter weiß gefüllten Hochgebirges der warmen südlichen Luftströmung hin und wieder ein abflühendes Schneeläufen beimischten. Daß auch die Schneeläufe des März am Hochgebirge nicht unbedeutend gewesen sein können, geht aus dem seit heute eingetretenen nicht unbedeutenden Steigen unserer Gebirgswässer, sowie aus der bis jetzt wieder kaum merklichen Thaufärbung der höheren Schneelinie unzweifelhaft hervor, obgleich diesmal kein Regen sondern nur Thau den Bersezungssprozeß der neuordnenden wieder über das Hochgebirge geworfenen Schneemassen bis jetzt wenigstens beförderte. Nach dem von Kundigen des Terrains der Schneegruben nach dem Augenmaß aufzustellten Berechnungen sind in diesem Winter so enorme Schneemassen dort aufgebaut, daß der Schnee an manchen Stellen die Tiefe von 50 Mtr. jetzt noch erreichen dürfte. Deshalb ist auch jetzt bei plötzlich eintretendem warmem Regen eine Überflutung durch unsere Gebirgswässer noch gar nicht für unsere Thäler ausgeschlossen. — Die Wintersaison scheint, nachdem sie drei Mal eine ungemein dichte Schneehülle bekommen, sich unter den Strahlen der Frühlingssonne zurückzubauen, obgleich sich an vielen dem Gethier des Waldes und Fledes trog der Schneedecke zugänglichen Stellen, von letzterem stark mitgenommen vorher sind. Die Saaten des Gebirges sehen im Vergleich zu anderen Jahrgängen bis jetzt noch dürrig aus, haben jedoch ein lebensfrisches und thielweise schon kräftiges Ansehen. Die Weizenfelder haben sich noch zurückhaltender mit ihren Keimen während der Winterjahreszeit gezeigt. Die in der Nähe von Roggen- und Weizenfeldern überaus zahlreich zu Anfang des diesjährigen Winters namentlich an Reinen entstandenen Mäuselöcher beweisen, daß die im vergangenen Herbst auch in den hiesigen Gebirgsäckern bereits sehr stark vertretenen Feldmäuse alle Anstrengungen gemacht haben, um den

harten Winter zu überdauern. Nur der äußeren Schneedecke des Märzmonats und der mit einigen Nebeln abwechselnden Kälte dieses Monats konnten sie nicht länger mehr widerstehen. Sie sind spurlos verschwunden. — Am Montag Abend kurz nach 11 Uhr wurde hier ein ziemlich starker Meteor bemerkt, welches ancheinend in der Richtung von Nordost nach Südwest in bedeutender Stärke aber nach kurzen Lauf etwa in der Höhe des 3. Theils des Bogens vom Horizont bis zu dem Zenith hinter dem Schiebebecker Kamme jedoch ohne Wahrnehmung einer Detonation verschwand.

S Girsberg, 7. April. [Männer-Turnverein.] Der hiesige Männer-Turnverein schloß gestern sein 14. Vereinsjahr mit einer Versammlung, welche im Saale des Siegmund'schen Hotels stattfand. Hierbei ergab die vom Kassenwart, Apotheker Dunkel, erstattete Rechnungslegung, daß in der Zeit vom 1. April bis Ende Decemb. v. J. die Einnahme des Vereins 406 Thlr. 2 Sgr. 9 Pf. (darunter 1874 187 Pf.) bestand vom Vorjahr, welches Ende März 1874 abgeschlossen, die Ausgabe aber 128 Thlr. 6 Sgr. 10 Pf. und somit der Kassenbestand am Jahresende 277 Thlr. 25 Sgr. 11 Pf. betrug. Bei der im weiteren Verlaufe der Verhandlungen vorgenommenen Vorstandswahl wurden die Mitglieder: Rechtsanwalt Aschenborn als Vorsitzender, Lehrer Lungwitz als Stellvertreter desselben und Turnwart, Kreisgerichts-Kassen-Controleur Lungwitz als Schriftwart, Apotheker Dunkel als Kassenwart, Bürostoff-Fabrikant Zelder und Lehrer Haniel aber als Mitglieder ohne bestimmte Funktion wiedergewählt. An die Stelle des bisherigen hochverdienten Branddirectors, Kaufmanns Träsig und dessen tüchtigen Stellvertreters, Goldarbeiter Kaspar, welche beide aus Gesundheitsrücksichten eine event. Wiederwahl definitiv abgesetzt hatten, wählten diejenigen Mitglieder des Vereins, welche zugleich Mitglieder der Feuerwehr sind, fast einstimmig die Herren: Spediteur Walter und Apotheker Dunkel. Außerdem erfolgte noch die Wahl von 7 Stellvertretern der Mitglieder des Vorstandes. Dem bisherigen Branddirector Träsig, dessen Wirksamkeit auch in weiteren Kreisen bekannt ist, wurde durch ein „Gut Heil“ der besondere Dank der Versammlung.

\* Schwientochowitz, 5. April. [Zur Tagesschronik.] In der vergangenen Dienstag abgehaltenen monatlichen Versammlung des Thierichz-Bereins für den südwestlichen Theil des Kreises hielt der Vorsitzende einen Vortrag über „das Seelenleben der Thiere“. Hierauf wurden mehrere Fälle von Thieraufälle besprochen und mache im Anschluß hieran der stellvertretende Vorsitzende Herr Apotheker und Gemeindevorsteher Richter aus Lippe den Vorschlag, um dem weiteren Ausbreiten des Vereins förmlich zu sein, man an distinguirte Personen der einzelnen Amtsbezirke, bei denen man bestimmt erwarte, daß sie für diese humanen Zwecke Herz und Sinn haben, eine Aufforderung dem Vereine sich anzuschließen, ergehen zu lassen, und wurde dieser Vorschlag allseitig angenommen. — In der Nacht darauf versuchten Diebe auf die freie Art beim Kaufmann und Gastwirt Giller im angrenzenden Eintrachthütte einzubrechen. Nachdem dieselben, durch eine an die Wand des Gewölbes anlehrende Sennelude geschnitten, aus der Mauer eine bedeutende Anzahl Biegen ausgebrochen, schlichen sie sich an die Waaren heraus zu holen. Dies wäre ihnen auch sicher gelungen, wenn ein Kindchen in der nebenan liegenden Schlaube des Kaufmanns nicht angeschlagen und leichter dadurch aufmerksam gemacht worden wäre. Hierdurch wurden die Diebe vertrieben.

[Notizen aus der Provinz.] \* Ratibor. Der „Ob. Anz.“ meldet: Die heutige Nr. 28 der „Ratibor-Leobschützer Zeitung“ wurde wegen eines Inserates, welches zu Sammlungen für die gesperrten katholischen Geistlichen des preußischen Antheiles der Olmützer Diözese aufforderte, confiscat.

+ Görlitz. Der „Anzeiger“ berichtet: Der fröhliche Eisbär Carl Julius Sebastian aus Fraustadt, 54 Jahre alt, zur Zeit im hiesigen Zuchthause, welcher im Jahre 1847 wegen Raubes, verbunden mit schwerer Körperverletzung, mit Einsperrung bis zur Begnadigung, welche jedoch vor Ablauf von 25 Jahren nicht zu beantragen, bestraft worden war, und seit jener Zeit, also seit achtundzwanzig Jahren, ununterbrochen in Haft sich befindet, stand unter der Anlage der Sachbeschädigung. Wegen schlechter Führung hatte bisher eine Begnadigung des Angeklagten nicht befürwortet werden können, da bis in die neuere Zeit gegen denselben wegen Ungehorsams Disciplinarystrafen haben zur Anwendung gebracht werden müssen. So unter andern war er Ende November v. J. zur Abbußung einer dreitägigen Arreststrafe in eine Arrestzelle eingesperrt worden; nach Verbußung dieser Strafe wurde er demnächst in eine gewöhnliche Haftzelle isolirt gebracht. In diese letztere waren ihm verschiedene seiner Kleidungsstücke, so wie das gewöhnliche Bettlagerzeug gegeben worden. Nur wenige Minuten nach erfolgter Einschließung des Sebastian in die gedachte Zelle entstand Feuerlarm auf den Corridoren der Anstalt und wurden nach Dehnung der Sebastian'schen Zelle in derselben verschiedene Kleidungsstücke, so wie das Lagerzeug, welche Gegenstände auf dem Fenstersims lagen, in heller Flamme brennend gefunden. Sebastian selbst ging anscheinend leblos in einer Binde, welche an einem über der Thür eingehängten Nagel befestigt war. Die massive Bauart der Zelle ließ es nicht zu, daß das Feuer sich batte weiter verbreiten können, es wurde vielmehr durch Ausgießen mit Wasser bald gelöscht. Auch der Bewohner der Zelle war nicht gefährdet gewesen, denn nach seiner Abnahme gelang es bald, durch Reiben und Bürtzen sein heures Leben zu retten und ihn als wiedererwachten Strafling seiner Anstalt zurückzugeben. Die aufgetretenen Zweifel, daß er nur zum Schein sich aufgezwingt, ohne dabei die reelle Absicht zu haben, sich wirklich das Leben nehmen zu wollen, wies der selbe in den Audienztermine, zu welchen er wegen seines ihm am Gehirn behindernden kraulen Jukses vorgefahren worden war, mit dem Bemerkern zurück, daß er wirklich die Absicht gehabt habe, sich das Leben zu nehmen, da er doch keine Aussicht habe, jemals wieder in Freiheit zu kommen. Bezuglich der Entstehungsart des Feuers bestritt er, irgend etwas davon zu wissen, obwohl er zugeben mußte, daß nur er allein zur Zeit des Feuers die Zelle bewohnt gehabt. Auf Grund der stattgehabten Beweisaufnahme, wodurch festgestellt wurde, daß Sebastian durch die in seiner Zelle angezündet gewesene Gasflamme sehr wohl in der Lage gewesen, die in der Zelle befindlichen Gegenstände in Brand zu stellen, wurde derselbe wegen vorläufiger Sachbeschädigung zu drei Wochen Gefängnis, welche Strafe den gesetzlichen Bestimmungen gemäß sofort in eine zweiwöchentliche Zuchthaftstrafe umgewandelt wurde, verurtheilt. Das Auftreten des Angeklagten im Audienztermine zeigte durchaus nicht, daß die erlittene 28jährige Haft ihn irgendwie gedemütiigt, denn er erklärte unaufgefordert, daß die Behandlung im hiesigen Zuchthause ihm nicht behagte, und derselbiger sich der Hausordnung öfter widersetzte habe. Die Behandlung in der Strafanstalt Osdorf, wohin er nach dem stattgehabten Brände des hiesigen Zuchthauses „versetzt“ worden sei ihm angenehm gesehen.

Berlin, 7. April. Die gestrige Abschwächung hatte für die heutige Börse ein Angebot geschaffen, das zwar keineswegs umfangreich oder dringend, doch auf den Verkehr ein empfindlich Druck auszuüben vermochte. Der Umstand, daß die Hauppartei in dem Bestreben, jede Ausschreitung zu vermeiden, die strenge Reserve auferlegt, regt vielseitig den Zweifel an ihre Kraft und Beständigkeit an und es ist unter diesem Gesichtspunkte leicht erklärl, wenn die bisher erzielten Coursabavancen zu Realisationen benutzt werden. Auf diese Weise gewinnt aber die Contremine an Bedeutung und war deren Einfluß heute schon in der Geschäftsentwicklung deutlich zu bemerken. Der Verkehr zeigt eine gewisse Schwierigkeit, die in der Regel der Vorboten einer ausgesprochenen matten Haltung ist. Bei einem sehr mäßigen Geschäftsumfang trug die Börse heute einen schwachen Character und waren die von auswärtigen gemeldeten Notirungen auch nicht geeignet, den Verkehr zu beleben. Die internationalen Speculationspapiere hatten mit herabgesetzten Coursen das Geschäft eröffnet, behaupteten dann aber ihren Coursstand recht gut; nach einigen Schwankungen gewannen gegen den Schlus der Börse eine etwas stetere Stimmung das Übergewicht. Die lokalen Speculationspapiere traten nur sehr mäßig in den Verkehr. Disconto-Commandit 179%, ult. 179%, bis 180% — 79-80, Dortmunder Union 26%, ult. 27-26%, Laurahütte 115%, ult. 115% — 15-15% — 15%. Die Oester. Nebenbahnen gingen nur wenig und blieben meist in den geistigen Rottungen, Galizier und Oester. Nordwestbahn erwiesen sich als recht fest, vermochten jedoch nicht eine Coursberhöhung durchzuführen. Auch in auswärtigen Staatsanleihen blieb der Verkehr beschränkt und ohne irgend welche Bedeutung. Oester. Renten behaupteten sich gut, ebenso auch Oester. Loos, Türken und Italiener rubig, Amerikaner wenig beachtet. Von russischen Werthen waren Bahnen und A.-Anleihen, besonders 1872er Anleihe, durch bessere Umsätze ausgezeichnet. Auf dem Capitalmarkt wiederte sich das Geschäft träge, doch im Allgemeinen in fester Haltung ab. Preußische Fonds still, auch andere deutsche Staatspapiere ohne Leben. Eisenbahn-Prior

Oberösterreich waren gedrückt und weichend, auf die Annahme, daß seitens des Verwaltungsraths die Dividende auf 12½% p.Gt. festgelegt werden werde. Rumänen schwach, leichte Bahnen überhaupt still. Bantactien recht fest, obwohl einige der sonst beliebteren Devisen niedriger notieren. Belebt und theilweise höher waren Producten- und Handels-, Deutsche Handels-, Centralb. für Bauten, Überfelder Discobank, Luxemburger, Steininger und Braunschweiger, Darmstädter dagegen gedrückt. Industriepapiere wenig beachtet, Bergbauerei lebhaft und anziehend. Westphalia, Germania und Flora besser. Westend und Nord. Eiswerke nachgebend. Große Pferdebahn belebt zu herabgesetztem Course. Baltischer Lloyd und Wöhler rege. Montanwerke wenig fest. Bodenwerke, Kölner Bergw. und Phönix besser. — Um 2½ Uhr: Credit 441, Franzosen 558, Lombarden 261, Disc. Comm. 180%, Darm. Union 27, Laurahütte 116. (Bank- u. S.-B.)

Hamburg, 6. April. [Das Hamburger Post-Dampfschiff „Göthe“], Capt. Wilson, von der Adler-Linie, welches am 25. März 4 Uhr Nachmittags von hier und am 27. Morgens 7½ Uhr von Cherburg abgegangen, ist nach einer Reise von nur 9 Tagen 8 Stunden am 5. April wohlbalten in New York angelommen. Es ist dies die schnellste Reise, die bis jetzt über den Ocean gemacht wurde.

Wien, 7. April. [Die Einnahmen der Lombardischen Eisenbahnen] (öster. N.Ö.) betragen in der Woche vom 26. März bis 1. April 538,615 fl., ergaben mitin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Minder-Einnahme von 79,629 fl.

Die Einnahmen der franz.-öster. Staatsbahn betragen am 2. und 3. April 142,259 fl.

Wien, 7. April. [Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahnen] betragen in der Woche vom 24. bis zum 31. März 174,554 fl., ergaben mitin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Minder-Einnahme von 10,089 fl. — Wocheneinnahme der Linie Neumarkt-Braunau-Simbach 10,230 fl., Mehreinnahme 1453 fl. — Wocheneinnahme der Linie Wien-Kaiserebersdorf 749 fl., Minder-Einnahme 145 fl. — Wocheneinnahme der Linie Salzburg-Hallein 2006 fl., Minder-Einnahme 91 fl. — Wocheneinnahme Linie Steindorf-Braunau 1018 fl., Minder-Einnahme 388 fl.

Berlin, 7. April. [Productenbericht.] Roggen eröffnete unter sehr wenig belebtem Geschäft in matter Haltung, die sich jedoch bei nur mäßiger Frage bald befestigte und die Preise abermals etwas erhöhte. — Roggenmehl fester. — Weizen hat sich ferner merklich im Werte gebelebt. — Hafer loco ziemlich fest, Termine höher bezahlt. — Rüböl still und ohne wesentliche Änderung. — Spiritus setzte matt ein, erholt sich aber bald bis zu einer merklichen Besserung.

Weizen loco 162—198 Röhm. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber märktlicher — Röhm. ab Bahn bez., pr. April — Röhm. bez., pr. April-Mai 180—182½ Röhm. bez., pr. Mai-Juni 182½—183½ Röhm. bez., pr. Juni-Juli 183½—187½ Röhm. bez., pr. Juli-August 188—189½ Röhm. bez., pr. August-September — Röhm. bez., pr. September-October 191—193 Röhm. bez., — Gefündigt 49,000 Ctnr. Kündigungspreis 181 Röhm. — Roggen pro 1000 Kilo. loco 139—160 Röhm. nach Qualität gefordert, russischer 142—147 Röhm. bez., ordinärer russischer — Röhm. bez., inländischer 150—159 Röhm. ab Bahn bez., geringer inländischer — Röhm. bez., defekter russischer — Röhm. bez., pr. Frühjahr 148—147½—148½ Röhm. bez., pr. Mai-Juni 147½—147—148 Röhm. bez., pr. Juni-Juli 147—147½ Röhm. bez., pr. Juli-August 147—147½ Röhm. bez., pr. August-September — Röhm. bez., — Gefündigt 5000 Ctnr. Kündigungspreis 148 Röhm. — Gerste loco 129—177 Röhm. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 157—190 Röhm. nach Qualität gefordert, östpreußischer 166—185 Röhm. bez., westpreußischer 166—185 Röhm. bez., russischer 165—182 Röhm. bez., ungarischer und galizischer 155—170 Röhm. bez., pommerischer 183—189 Röhm. ab Bahn bez., medlesburger 183—189 Röhm. ab Bahn bez., ordinärer russischer — Röhm. bez., pr. Mai-Juni 169—169½ Röhm. bez., pr. Juni-Juli 167—167½ Röhm. bez., pr. Juli-August 164 Röhm. bez., — Gefündigt 16,000 Ctnr. Kündigungspreis 176,50 Röhm. — Erben: Kochware 183—234 Röhm. bez., Futterware 167—172 Röhm. — Weizenmehl Nr. 0 pr. 100 Kilo. Br. unversteuert incl. Sac. 25,50—24,50 Röhm. Nr. 0 und 1 24,25—23 Röhm. — Roggenmehl Nr. 0 22,50—21,50 Röhm. Nr. 0 und 1 20,50—19,50 Röhm. bez., — Roggenmehl Nr. 0 und 1 pr. April — Röhm. bez., pr. April-Mai 20,20—35 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 20,55 Röhm. bez., pr. Juni-Juli 20—75 Röhm. bez., pr. Juli-August 20,75 Röhm. bez., pr. August-September — Röhm. bez., pr. September-October 20,75 Röhm. bez., — Gefündigt 11,000 Ctnr. Kündigungspreis 20,30 Röhm. — Oelfaaten: Rapß — Röhm. Rüböl — Röhm. nach Qualität. Rüböl per 100 Kilogr. netto loco 55 Röhm. bez., mit Jaff — Röhm. bez., pr. April — Röhm. bez., pr. April-Mai 55,3 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 55,8 Röhm. bez., pr. Juni-Juli — Röhm. bez., pr. Juli-August — Röhm. bez., pr. September-October 58,8 Röhm. bez., pr. October-November — Röhm. bez., pr. November-December — Röhm. bez., — Gefündigt 100 Ctnr. Kündigungspreis 55,30 Röhm. — Leinöl loco 60 Röhm. bez., — Petroleum per 100 Kilo incl. Jaff loco 29 Röhm. bez., pr. März-April 26,3 Röhm. bez., pr. April-Mai — Röhm. bez., pr. Mai-Juni — Röhm. bez., pr. Juni-Juli — Röhm. bez., pr. Juli-August — Röhm. bez., pr. September-October 27 Röhm. bez., — Gefündigt — Barrels. Kündigungspreis — Röhm. — Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Jaff“ 55 Röhm. bez., „mit Jaff“ pr. April — Röhm. bez., pr. April-Mai 58,4—58,1—58,4 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 58,2—58,8—58,2 Röhm. bez., pr. Juli-August 58,9—58,6—59 Röhm. bez., pr. Juli-August 59,9—59,6—60 Röhm. bez., pr. August-September 60,2—60—60,5 Röhm. bez., pr. September-October — Röhm. bez., — Gefündigt 70,000 Liter. Kündigungspreis 58,30 Röhm.

\* Breslau, 8. April. 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Marte war für Getreide sehr fest, bei mäßigem Angebot und unveränderten Preisen.

Weizen, in sehr fester Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 15 bis 17,20—19,40 Mark, gelber 15,20—17—18,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, seine Qualitäten waren gut beachtet, pr. 100 Kilogr. 13,60 bis 15—15,30 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste gut verkauflich, per 100 Kilogr. 13—14,50 Mark, weiße 14,80 bis 16 Mark.

Hafer behauptet, per 100 Kilogr. 14,40—15,10 bis 16,80 Mark, feinste über Notiz.

Mais in matter Haltung, per 100 Kilogr. 13,50—14 Mark.

Erben unverändert, per 100 Kilogr. 17—18—20,50 Mark.

Bohnen schwach gefragt, per 100 Kilogr. 21—21,75—22,50 Mark.

Lupinen gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. gelbe 14,70—15,50 Mark, blaue 14—15 Mark.

Widen blieben gut gefragt, per 100 Kilogr. 18—19—21 Mark.

Dessalaten in fester Haltung.

Schlaglein preishaltend.

Per 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat ... 26 25 24 75 22 50

Wintertraps ... 25 50 24 50 23 40

Winterzüchten ... 25 — 24 10 23 60

Sommerzüchten ... 24 75 23 25 22 50

Leindotter ... 23 75 22 25 21 75

Napfkuchen gut verkauflich pr. 50 Kilogr. 8—8,20 Mark.

Leinkuchen höher, pr. 50 Kilogr. 10,60—11 Mark.

Kleefamen, rother schwächer Umsatz, pr. 50 Kilogr. 47—51—54 Mark, weißer ruhig, pr. 50 Kilogr. 54—57—68 Mark, hochsteiner über Notiz.

Thymothee unverändert, pr. 50 Kilogr. 28—31,50—35 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 25—25,50 Mark, Roggen-Guttermehl 23,50—24,50 Mark, Haushoden 23,50—24,50 Mark, Roggen-Guttermehl 11,50—12,25 Mark, Weizenfeine 9—9,25 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

April 7. 8.	Naßm. 2 II.	Abs. 10 U.	Morg. 6 II.
Aufstrud bei 0°	327°,76	327°,73	327°,61
Luftwärme	+ 14°,0	+ 8°,8	+ 6°,1
Dunstdruck	3°,48	3°,78	3°,02
Dunstfältigung	53 p.C.	88 p.C.	88 p.C.
Wind	SD. 1	SD. 1	SD. 1
Wetter	wolfig.	trübe.	wolfig.

Breslau, 8. April. [Wasserstand] D. P. 6 M. 26 Em. U. P. 2 M. 70 Em.

Auswärtige amtliche Wasser-Rapporte.

Matbor, 7. April, 8½ Uhr Morgens. Wasserstand am Pegel 16 Fuß — Boll (5,02 Meter). 5 Uhr Nachm. 16 Fuß 9 Boll (5,24 Meter).

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau)

Benedig, 7. April. Die Majestäten erschienen in der gestrigen Festvorstellung im Theater Fenice um 10 Uhr und blieben dort bis 11½ Uhr. Das zahlreich anwesende Publikum brachte ihnen die lebhaftesten Ovalationen dar. An dem gestrigen Ausflug der Monarchen nach dem Lido nahmen die Kronprinzessin, die königlichen Prinzen und das beiderseitige nächste Gefolge Theil. Auf dem Lido wurden die allerhöchsten Herrschaften von dem Sindaco und dem Verwaltungsrath der Eidogefellschaft empfangen und verweilten dort eine Stunde. Die Abreise von Benedig wird heute Vormittag um 10 Uhr erfolgen.

Der Graf Androssy hat gestern über den österreichisch-italienischen Handelsvertrag mit Luzzati eine Conferenz gehabt. — Den königlichen Prinzen ist vom Kaiser das Großkreuz des Stephansordens, dem Grafen Cantelli das Großkreuz des Leopoldordens, dem Grafen Panisera das Großkreuz des Franz-Joseph-Ordens verliehen.

London, 6. April. Die Gesamtausgaben am Schlusse des mit dem 31. v. Mts. zu Ende gegangenen Finanzjahres beliefen sich auf 74,328,040 Pf. Sterl. sind also um 635,960 Pf. Sterl. hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Der Gesamtüberschuss des Rechnungsjahrs beträgt demnach, da die Staatsentnahmen den Voranschlag um 496,873 Pf. Sterl. überstiegen, 1,132,833 Pf. Sterl.

Kopenhagen, 7. April. Wie „Dagbladet“ erfährt, hätte das Haus G. A. Gedalia u. Comp. sich unter Voraussetzung der Genehmigung der Gläubiger unter Administration gestellt.

## Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau)

Frankfurt a. M., 7. April. Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß course.] Londoner Wechsel 206, 10. Pariser do. 81, 70. Wiener do. 184, 00. Böhmische Westbahn 179½. Elisabethbahn 173½. Galizier 214. Franzosen\* 276%. Lombarden\* 128%. Nordwestbahn 143½. Silberrente 69%. Papierrente 65%. Russ. Bodencredit 92%. Russen 1872 — Amerikaner 1882 99%. 1860er Loose 121%. 1864er Loose 311, 60. Creditactien\* 219%. Banken 879. Darmstädter Bank 147%. Brüsseler Bank 109%. Berliner Bankverein 85%. Frankfurter Bankverein 82% do. Wechslerbank 81%. Österreich-deutsche Bank 87½. Steininger Bank 93. Habs. Effectenb. 113%. Prov.-Disc.-Gesellschaft 80%. Continental 86%. Hess. Ludwigsbahn 115%. Oberhessen 74%. Raab-Grazer 85. Ungar. Staatsloose 178, 60. do. Schatzanweisungen alte 95. do. Schatzanw. neue 93%. Oregon Eisenb. Rockford do. — Central-Pacific 84%.

\*) per medi resp. per ultimo.

Die Börse setzte fest ein, erwarte vorübergehend auf Berliner Meldungen, war am Schlus über wieder fest.

Nach Schlus der Börse: Creditactien 220%, Franzosen 278½, Lombarden 129½, Galizier —.

Hamburg, 7. April. Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116. Silberrente 69%, Credit-Actien 220%, 1860er Loose 122. Nordwestbahn — Franzosen 69½%, Lombarden 323½, Italien. Rente 72. Vereinsbank 124. Laurahütte 115%, Commerciens 85%, do. II. Em. — Norddeutsche 148½, Prob.-Disc. — Anglo-deutsche 46½, do. neue 67%. Dän. Landmbt. — Dordt. Union — Wiener Union. — 64er Russ. Pr. A. — 66er Russ. Pr. A. — Amerikaner de 1882 93%, Köln. M. St. A. 117, Rhein. C. do. 120%, Berg.-Märkt. do. 89, Disconto 3%.

Stil. Weiter: —

Hamburg, 7. April. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine höher. Roggen loco fest, auf Termine höher. Weizen 120 Pf. per April 1000 Kilo netto 188 Br. 187 Br. per April-Mai 1000 Kilo netto 187 Br. 186 Br., per Mai-Juni 1000 Kilo netto 188 Br. 187 Br., per Juli-August 1000 Kilo netto 189 Br. 188 Br., per September-October 1000 Kilo netto 189½ Br. 187½ Br., per November-December — Röhm. bez., — Gefündigt 5000 Ctnr. Kündigungspreis 148 Röhm. — Gerste loco 129—177 Röhm. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 157—190 Röhm. nach Qualität gefordert, östpreußischer 166—185 Röhm. bez., westpreußischer 166—185 Röhm. bez., russischer 165—182 Röhm. bez., ungarischer und galizischer 155—170 Röhm. bez., pommerischer 183—189 Röhm. ab Bahn bez., medlesburger 183—189 Röhm. ab Bahn bez., ordinärer russischer — Röhm. bez., pr. Mai-Juni 169—169½ Röhm. bez., pr. Juni-Juli 167—167½ Röhm. bez., pr. Juli-August 164 Röhm. bez., — Gefündigt 16,000 Ctnr. Kündigungspreis 176,50 Röhm. — Erben: Kochware 183—234 Röhm. bez., Futterware 167—172 Röhm. — Weizenmehl Nr. 0 pr. 100 Kilo. Br. unversteuert incl. Sac. 25,50—24,50 Röhm. Nr. 0 und 1 24,25—23 Röhm. — Roggenmehl Nr. 0 22,50—21,50 Röhm. Nr. 0 und 1 20,50—19,50 Röhm. bez., — Roggenmehl Nr. 0 und 1 pr. April — Röhm. bez., pr. April-Mai 20,20—35 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 20,55 Röhm. bez., pr. Juni-Juli 20—75 Röhm. bez., pr. Juli-August 20,75 Röhm. bez., pr. August-September — Röhm. bez., pr. September-October 20,75 Röhm. bez., — Gefündigt 11,000 Ctnr. Kündigungspreis 20,30 Röhm. — Oelfaaten: Rapß — Röhm. Rüböl — Röhm. nach Qualität. Rüböl per 100 Kilogr. netto loco 55 Röhm. bez., mit Jaff — Röhm. bez., pr. April — Röhm. bez., pr. April-Mai 55,3 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 55,8 Röhm. bez., pr. Juni-Juli — Röhm. bez., pr. Juli-August — Röhm. bez., pr. September-October 58,8 Röhm. bez., pr. October-November — Röhm. bez., — Gefündigt 100 Ctnr. Kündigungspreis 55,30 Röhm. — Leinöl loco 60 Röhm. bez., — Petroleum per 100 Kilo incl. Jaff loco 29 Röhm. bez., pr. März-April 26,3 Röhm. bez., pr. April-Mai — Röhm. bez., pr. Mai-Juni — Röhm. bez., pr. Juni-Juli — Röhm. bez., pr. Juli-August — Röhm. bez., pr. September-October 27 Röhm. bez., — Gefündigt — Barrels. Kündigungspreis — Röhm. — Spiritus per 10,000 Liter loco „ohne Jaff“ 55 Röhm. bez., „mit Jaff“ pr. April — Röhm. bez., pr. April-Mai 58,4—58,1—58,4 Röhm. bez., pr. Mai-Juni 58,2—58,8—58,2 Röhm. bez., pr. Juli-August 58,9—58,6—60 Röhm. bez., pr. August-September 60,2—60—60,5 Röhm. bez., pr. September-October — Röhm. bez., — Gefündigt 70,000 Liter.